



Studie über Mindestlohn-Folgen ist unseriös

Pressemitteilung von Jutta Krellmann, 03. Februar 2015

"Eine Studie über die angeblichen Folgen von etwas zu veröffentlichen, das gerade erst seit vier Wochen umgesetzt wird, ist absolut unseriös. Der Bundesarbeitsministerin kann man nur raten, sich von derart spekulativen und durchsichtigen Störmanövern nicht beeindrucken zu lassen", erklärt Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Veröffentlichung einer Studie des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung, der zufolge der flächendeckende Mindestlohn in Deutschland die Schwarzarbeit in die Höhe treibt. Krellmann weiter:

"Ein flächendeckender Mindestlohn würde vor allem kleine Unternehmen vor dem Druck des Unterbietungswettbewerbs schützen. Folglich würde die Schattenwirtschaft auch eingedämmt. Ein flächendeckender Mindestlohn bedeutet aber: ein Mindestlohn ohne Ausnahmen. Davon sind wir in Deutschland jedoch weit entfernt. Die Bundesregierung hat auf Zuruf einzelne Gruppen wie Jugendliche oder Langzeiterwerbslose oder einzelne

Branchen wie der Zeitungszustellung vom Mindestlohn ausgeschlossen. Das ist auch der Grund für das Übermaß an Bürokratie, das CSU-Chef Horst Seehofer beklagt. Wer Bürokratie vermeiden will, muss sich für einen flächendeckenden Mindestlohn ohne Ausnahmen stark machen.

Wo bleiben die konstruktiven Vorschläge in dieser Debatte? Wir erleben schon jetzt, dass Arbeitgeber keine Umstände scheuen, um den Mindestlohn ad absurdum zu führen. Ausnahmeregelungen bieten immer eine Gelegenheit zur Manipulation. DIE LINKE fordert einen flächendeckenden Mindestlohn ohne Ausnahmen in Höhe von zehn Euro."